



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

14. Ratssitzung vom 9. September 2026

620. 2026/358

Dringliches Postulat von Janina Flückiger (Grüne), Simone Widmer (Grüne) und 11 Mitunterzeichnenden vom 01.07.2026:

Bessere aktive Warnung der Bevölkerung vor Hitzerrisiken

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Janina Flückiger (Grüne) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 364/2026): Zürich wird heisser. Das ist keine Vermutung, kein Gefühl und keine Hysterie – es sind Messwerte. Hitze ist ein ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko. Die Stadt Zürich trägt die Verantwortung, ihre Bevölkerung davor zu schützen. Mit unserem Postulat wollen wir bei Information und Warnung ansetzen. Konkret schlagen wir drei Massnahmen vor, begrüssen aber die Prüfung weiterer Massnahmen ausdrücklich. Erstens soll an Hitzetagen an stark frequentierten Orten vor Hitzerrisiken gewarnt und auf Schutzmöglichkeiten wie kühlere Zufluchtsorte verwiesen werden. Das kann bspw. mittels Plakate erfolgen. Die Stadt verfügt bereits über einen funktionierenden SMS-Service für Ozon, Feinstaub und Schneelasten. Das etablierte Instrument soll nun ausgebaut und konsequent für Hitzewarnungen und spezifische Gefahren wie Blaualgen genutzt werden. Weil ein Warnsystem nichts nützt, wenn es niemand kennt, fordern wir zudem eine proaktive Bewerbung, insbesondere in den Quartieren und bei den Bevölkerungsgruppen, die besonders gefährdet sind. Die AL hat eine Textänderung eingereicht, die eine Ergänzung um Pushnachrichten vorsieht. Das begrüssen wir sehr. Auch die Zusammenarbeit mit dem Bund finden wir sinnvoll. Insofern nehmen wir die Textänderung gerne an. Als dritte Massnahme schlagen wir die Erstellung einer öffentlich zugänglichen «Cool-Map» vor. Die Karte zeigt auf einen Blick, wo sich in der Nähe ein schattiger Park, ein Brunnen, eine gratis zugängliche Badi oder bspw. ein klimatisiertes öffentliches Gebäude befinden. Gerade an akuten Hitzetagen kann ein solcher Ort einen Unterschied machen – insbesondere für Menschen, die keinen kühlen Rückzugsort zu Hause haben. Es handelt sich nicht um eine technische Spielerei, sondern ein niederschwelliges und alltagstaugliches Instrument. Mit dem Postulat fordern wir, dass die Stadt konsequent zu Ende denkt, was sie bereits hat und tut, es ausbaut, für den Hitzeschutz nutzbar macht und kommuniziert. Das ist verhältnismässig, rasch umsetzbar und kann im Akutfall Leben retten.



Yves Peier (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Hitze ist ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko. Gerade ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich vorbelastete Personen müssen wirksamen Schutz erhalten. Aber nicht jede Hitzewelle muss eine neue Verwaltungswelle auslösen. Die Stadt hat bereits eine Fachplanung Hitzeminderung und einen Warn- und SMS-Service. Nun sollen noch mehr Informationskampagnen, Warnungen und eine «Cool-Map» geprüft werden. Man könnte meinen, die Zürcher Bevölkerung finde ohne städtische Hilfe weder Schatten noch den nächsten Brunnen. Natürlich ist Hitzeschutz wichtig, aber Zürich muss nicht für jede Wetterlage eine neue Plattform und Verwaltungskampagne erfinden. Die SVP möchte, dass die Stadt ihre bestehenden Instrumente sinnvoll nutzt und vulnerable Menschen gezielt schützt, statt neue Projekte anzustossen. Darum lehnen wir den Vorstoss ab – nicht, weil die Hitze uns kalt lässt, sondern weil wir keine zusätzliche Verwaltungswelle brauchen.

Christian Häberli (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Diesen Sommer haben wir auf eindrucklichste Art und Weise erlebt, was die Klimaerwärmung – auch mit Zürich – macht. Es gab eine nie da gewesene Anzahl an Hitzewellen. Die Warnungen dazu erhielt man über Apps wie «Alert Swiss». Mit dem Postulat wurde richtig erkannt, dass es schwierig ist, die Wetterwarnungen einer Bundesstelle für eine Stadt adäquat abzubilden. Daher schliesst das Anliegen des Postulats eine Lücke, die mich persönlich seit dem Hitzesommer des Jahres 2003 beschäftigte. Damals fragten wir uns bei der Erstellung der Warn-App von Meteo Schweiz, wie man die Warnungen an besonders vulnerable Personen bringt. Je nach Situation geht es nicht um Komfort, sondern um lebensrettende Massnahmen, damit die Personen rechtzeitig einen kühleren Ort aufsuchen können. Darum ist es sinnvoll, die Wetterwarnungen in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Bundesstellen so aufzudröseln, dass sie für einzelne Städte nutzbar sind, die zu Hitzeinseln werden. Darauf zielt unsere Textänderung ab. Obwohl SMS keine zeitgemässe Technologie sind, sollen sie beibehalten werden, da nicht alle Personen ein Smartphone haben.

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesstellen die Bevölkerung besser aktiv-präventiv vor Hitzetisiken gewarnt werden kann – ~~sowohl präventiv wie im Akutfall~~. Unter anderem soll der bestehende Warn-SMS-Service der Stadt erweitert, durch Push-Nachrichten ergänzt und proaktiv beworben werden. Ergänzend ist die Erstellung einer digitalen, öffentlich zugänglichen Onlinekarte zu prüfen, die kühle Zufluchtsorte im Stadtgebiet ausweist.

Weitere Wortmeldungen:

Brenda Mäder (FDP): Beim Postulat mit der Textänderung kommt mir das Wort «Intensivbetreuung» in den Sinn. Wir fragen uns, ob man in jedem Lebensbereich einen eigenen Service der Stadt haben muss. Es gibt bereits viele Dienstleistungen für diesen Zweck. Unseren Zürcherinnen und Zürchern darf man ein wenig mehr Selbstständigkeit zutrauen. Im Sinn eines effizienten Mitteleinsatzes wären wir dafür, bauliche Massnahmen für vulnerable Personen zu fördern, statt in Betriebsservices zu investieren.

Camille Roseau (SP): Mit dem Postulat soll die Bevölkerung durch einen städtischen Informationsdienst auf unterschiedlichen Kanälen vor den Risiken extremer Hitzeereignisse gewarnt werden. Das hätte positive Effekte, da sich die erreichten Personen in Sicherheit



bringen können. Ausserdem schaffen wir mit zusätzlichen Warnungen ein Bewusstsein dafür, dass Temperaturen über 35 Grad keine schönen Sommertage, sondern gesundheitsgefährdende Extremwetterereignisse sind. Der «courant normal» in der Stadt kann an einem solchen Tag nicht weitergeführt werden – besondere Vorsicht vor Hitzeinseln ist geboten. Dass in Sachen Kommunikation verschiedene Kanäle wie SMS-Dienste oder «Push»-Nachrichten genutzt werden, ist im Sinn einer möglichst breiten Information der Bevölkerung zu begrüssen. Wir unterstützen das Postulat mit der Textänderung.

Christoph Riedweg (GLP): Die GLP unterstützt das Postulat. Es freut uns, dass nicht nur von Hitze, sondern von den Klimakrisen generell gesprochen wird. Das Warnsystem funktioniert mit Ozon und ist einfach um die Hitze zu ergänzen. Die Textänderung der AL scheint uns sehr sinnvoll. Ihr weist auf das «Cell Broadcast»-System hin, das vom Bund geplant wird und enorm wichtig ist. Schade ist, dass der Akutfall in der Textänderung fallengelassen wird. Denn die klimatischen Veränderungen bringen auch dies mit sich. Gerade in Hinblick auf die Ereignisse der letzten Wochen fände ich die Erwähnung wichtig.

Karin Stepinski (Die Mitte): Hitzetage und Tropennächte nehmen zu und können ernsthafte Gesundheitsrisiken mit sich bringen. Die Stadt hat mit der Warn-SMS und anderen Informationskanälen bereits gute Instrumente, die man sinnvoll um die Hitze ergänzen kann. Ein neues System wäre keine Lösung, die Die Mitte gut findet. Im Gegensatz zur SVP haben wir aber das Vertrauen in die Stadtverwaltung, dass sie ein solches Postulat pragmatisch umsetzt. Eine Übersicht über öffentlich zugängliche, kühle Orte finde ich sinnvoll, wenn sie in bereits bestehende Angebote integriert wird. Entscheidend ist bei diesem Vorstoss, dass die Informationen rechtzeitig bei den Menschen ankommen, die sie brauchen. Darum: pragmatisch umsetzen, bestehende Strukturen nutzen, Kosten und Nutzen im Blick behalten. In diesem Sinn unterstützen wir den Prüfungsauftrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Hitzeschutz ist Gesundheitsschutz. Zwei von den drei Massnahmen dieses Postulats haben wir bereits umgesetzt oder sind daran. Einerseits der Informationsteil: Sehr kurzfristig haben wir Plakate aufgestellt, auf denen wir darauf hingewiesen haben, wo es kühlere Orte gibt. Auch online konnte man diese Orte nachschauen. Dazu haben wir viel positives Feedback erhalten. Andererseits haben wir für vulnerable Bevölkerungsgruppen ein Hitzetelefon eingerichtet und Informationen zur Unterstützung herausgegeben. Es gibt das Angebot, dass man bei Menschen, die allein bspw. in einer Dachwohnung leben, vorbeigeht und zeigt, wie sie sich besser schützen können. Dieses Angebot werden wir intensivieren. In diesem Sinn sind wir bereits daran, einen grossen Teil der Forderungen umzusetzen. Das Thema SMS-Dienst werden wir genauer anschauen müssen. Mein Anliegen ist, dass man nicht Bestehendes adaptiert, sodass man noch eine Applikation installieren muss. Wir werden sehen, wie der Nutzen effektiv ist und wer speziell erreicht werden muss. Gerne nehmen wir das Postulat entgegen.



4 / 4

Janina Flückiger (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat